

Anke Martiny

**Transparenz als Voraussetzung eines humanen Gemeinwesens**

**Vortrag im Rahmen des 8. Calumed-Kongresses**

**„Der vernetzte Mensch – von den Grenzen des Individuellen“**

I.

Transparenz ist ein Modebegriff. Kaum eine politische Analyse und erst recht keine Beschreibung von Wirtschaftsvorgängen kommt heutzutage ohne ihn aus. Täglich liest man von Transparenz – mal als Beschreibung, mal als Forderung. Völlig zu Recht nennt daher der frühere Bochumer Professor für Neugermanistik, Ästhetik und Medien Manfred Schneider das Wort einen „semantischen global player“<sup>1</sup>, weil es sich in allen Sprachen tummelt. Er rühmt in seinem Buch vom *Transparenztraum* sein Auftauchen als die „Erfolgsgeschichte eines Stars“ – eine ungewöhnliche Ausdrucksweise für eine wissenschaftliche Betrachtung. Aber sie hat ihren Sinn. Denn vor fünfzig Jahren war das Wort in Verbindung mit Organisationen oder mit politischen oder wirtschaftlichen Vorgängen unbekannt. Warum ist das so?

Ich komme aus einer Organisation, die das Wort „Transparenz“ seit ihrer Gründung 1993 im Namen führt. Hieße sie statt „Transparency International“ „Corruption International“, was der eigentliche Kern und das aufklärerische Ziel ihres politischen Kampfes ist, wäre ihr Erfolg vermutlich erheblich geringer. Denn Wirtschaftsführer und Politiker würden sich bei einer so bezeichneten Organisation durch die Unterstellung attackiert fühlen, sie betrieben womöglich unsaubere Geschäfte. „Corruption International“ wäre ein Affront.

Ich erinnere mich gut an die ersten Besuche bei Bundestagsabgeordneten und Verbandsvertretern aus der Wirtschaft, seit ich ab 1998 für Transparency International Deutschland zu arbeiten begann. Wenn wir von der Notwendigkeit sprachen, auch in Deutschland Korruption zu bekämpfen, betrachteten sie den damaligen Vereinsvorsitzenden Michael Wiehen, einen pensionierten Weltbankdirektor, und mich als ehemalige Bundestagsabgeordnete mit einer Mischung aus Mitleid und Verachtung: was für ein unappetitliches Thema hatten wir uns da ausgesucht! Die Forderung, Transparenz zu schaffen in den immer undurchschaubarer werdenden Systemen, die uns regieren, hielten die Herren allerdings für plausibel und unterstützenswert. Daraus zogen wir unsere Schlüsse. Denn, wie sagt das Sprichwort? „Mit Speck fängt man Mäuse“.

Oft vermissen wir schlichten Bürger und Bürgerinnen den Durchblick, die Transparenz. Wer unter den Anwesenden versteht denn wirklich seine Stromabrechnung und kann einen Preisvergleich anstellen, wie das einst Helmut

---

<sup>1</sup> Manfred Schneider, *Transparenztraum. Literatur, Politik, Medien und das Unmögliche*, Berlin 2013, S. 11

Schmidt für sich einräumte? Wer kann etwa seinen Rentenbescheid überprüfen oder den Tarif beurteilen, zu dem Festnetzanschluss, Mobiltelefon und Internetzugang abgerechnet werden? Haben Sie mal versucht, bei den entsprechenden Stellen eine Auskunft zu erhalten, wenn Sie eine Falschabrechnung reklamierten? Oder wollten Sie vielleicht gar eine Vertragskorrektur durchsetzen? Undurchdringlich ist der Dschungel der Großorganisationen, - zum Beispiel auch unser Gesundheitswesen, unsere Altersversorgung, unser Steuersystem. Sollten Sie gesetzlich versichert sein, wissen Sie, was ein gebrochener Arm kostet oder die Entfernung von Gallensteinen? Und wie geht das eigentlich mit der Abrechnung zwischen Arzt und Krankenkasse?

*License to Steal*<sup>2</sup> hat vor Jahren ein amerikanischer Gesundheitswissenschaftler, der auch Mathematiker war, sein Buch genannt, das im amerikanischen Gesundheitssystem aufgespürt hatte, wie man sich dort bereichern kann: das System sei so intransparent, dass man es ausplündern könne, ohne dabei erwischt zu werden. Betrug am Gesundheitssystem durch Datenfälschungen, Abrechnungsbetrug oder Handel mit gefälschten Arzneimitteln sei wesentlich lukrativer als der Drogenhandel und vor allem weniger gefährlich.

Bei einer Tagung in Hildesheim Ende September 2014 unter dem Titel „Web 2.0 - Demokratie 2.0“ wurde die Frage problematisiert, dass die Technologie-Experten der Internetwelt von den realen Problemen der modernen Demokratie wenig wissen. Ebenso gelte allerdings das Umgekehrte: Politologen verstehen zu wenig vom Internet. Die Grenzenlosigkeit des Internets, die ursprünglich als das Freiheitsversprechen schlechthin wahrgenommen wurde, erweise sich zunehmend als Bürde für die Demokratie, weil nicht nur geografische Grenzen, sondern auch solche von Moral, Ethik und gesellschaftlichen Konventionen mir nichts, dir nichts vom Tisch gefegt werden können<sup>3</sup>. Ich nenne nur die Stichworte Kinderpornografie oder die Art und Weise, wie rechtsextreme oder islamistische Netze wirken und sich zu Lasten der Ziele demokratischer Rechtsstaaten profilieren. Was also in Zeiten unbegrenzter Netzmöglichkeiten für eine demokratisch verfasste, humane Gesellschaft wichtig ist, scheint nicht zuletzt ein Kommunikationsproblem zu sein. Die Forscher aus ganz Deutschland, die sich an der Universität Hildesheim versammelt hatten, haben mehrere Steine ins Wasser geworfen, die hoffentlich Kreise ziehen und nicht so schnell wieder verschwinden werden.

Ich will mich in meinem Vortrag mit dem Spannungsfeld von Intransparenz und Korruption befassen. Es ist zugleich das Spannungsfeld, das sich hinter der Behauptung auftut, die Privatheit des Individuums vor Überwachung zu schützen, faktisch aber den Schutz globaler Ziele, vor allem wirtschaftlicher und politischer Interessen, zu Lasten von individueller Freiheit und Sicherheit

---

<sup>2</sup> Malcolm K. Sparrow, *License to Steal. How Fraud Bleeds America's Health Care System*, Westview Press, Boulder, Colorado, 2000

<sup>3</sup> Ein Bericht von Alexandra Borchardt über diese Tagung findet sich in der Süddeutschen Zeitung vom 26. 9. 2014 unter der Überschrift „Das Netz und seine Grenzen. Sind Internet und Demokratie Gegensätze?“

zu betreiben. Die Sorge vieler Bürgerinnen und Bürger vor den Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Kanada (CETA) und mit den USA (TTIP) beruht auf solchen Ängsten.

Unter Korruption ist strukturell die Verbindung von (mindestens) zwei Tätern – einem, der besticht, einem zweiten, der bestochen wird - zu Lasten eines Dritten zu verstehen. Dabei handeln die beiden Täter entweder im Eigeninteresse oder im Auftrag eines weiteren Beteiligten, und es ist ihr größtes Bestreben, ihre Verbindung und ihr Tun verborgen zu halten. Deshalb schätzt das Bundeskriminalamt das Dunkelfeld bei Korruptionsdelikten auf etwa 95 Prozent, nur etwa fünf Prozent der Taten werden aufgedeckt. Anders als bei der Steuerhinterziehung, bei der der Steuerpflichtige in Verdachtsfällen dem Finanzamt gegenüber zur Mitwirkung an der Aufklärung des Verdachtes verpflichtet ist – zumindest bis zum Zeitpunkt einer vermuteten Straftat - , können Korruptionsstraftäter alle Tricks benutzen, die ihren Anwälten einfallen, um ihre Tat zu verschleiern.

Transparency International definiert Korruption ist den Missbrauch anvertrauter Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil. Mit dieser Definition geht die Organisation über die entsprechenden Paragraphen im Strafgesetzbuch hinaus, die sich mit Vorteilsannahme und Vorteilsgewährung, Bestechung und Bestechlichkeit, Betrug oder Untreue befassen. Hier geht es um das Ausnutzen einer Machtposition für persönliche Zwecke. Nach der Transparency-Definition fällt also auch die „Freunderl-Wirtschaft“ unter den Begriff der Korruption, desgleichen die aus Köln bekannten ominösen „Dankeschön-Spenden“ oder alle Verbindungen, die man im Jargon als „Vitamin B“- Beziehungen bezeichnet. Natürlich sind auch die Strukturen der Mafia und ihrer weltweit vernetzten Geschwister mit erfasst. Korruption ist ein Officialdelikt; das bedeutet, dass die Staatsanwaltschaft bei einem Anfangsverdacht ermitteln muss, um mit dem Ziel der Strafverfolgung Täter und Tat zu finden.

Ob Bestechung oder Bestechlichkeit im internationalen Geschäftsverkehr oder im eigenen Land, ob Käuflichkeit in der Politik oder der Versuch, durch Schmiergelder Vorteile zu erlangen - Korruption verursacht nicht nur materielle Schäden, sondern sie untergräbt das demokratische Fundament einer Gesellschaft. Nämlich das Vertrauen ihrer Mitglieder in die Gleichbehandlung aller Bürgerinnen und Bürger, in Rechtsstaatlichkeit und demokratische Ordnung.

## II.

„Transparenztraum“ nannte der schon erwähnte Manfred Schneider sein Buch, in dem er das 2000jährige philosophische und theologische Bestreben beschreibt, den Menschen in Herz und Hirn zu schauen, um das Böse zu bekämpfen, indem Missetaten schon vor ihrem Ausbrechen erkannt und damit verhindert werden können. Seit der römischen Antike und der mittelalterlichen Scholastik wird das Durchsichtige, Transparente, gewissermaßen Materielose

so bewertet, als sei es ein Wert an sich, dem sich alles Undurchdringliche, strategisch Verhüllte, politisch Verborgene füge oder fügen müsse. Zunächst überwiegend virtuell und als Denkfigur. Aber in der Philosophie- und allgemeinen Geistesgeschichte, befeuert durch Denker wie Descartes und Rousseau, wird der Transparenztraum gegenständlicher: „gläserne Körper, lesbare Herzen“. Alles Dunkle, Undurchsichtige scheint böse, das Lichte, Helle, Durchsichtige hingegen harmonisch, aufgeklärt, gut.

Mit der Französischen Revolution wird der Transparenztraum zur politischen Theorie. Unter Robespierre entartet er aber rasch ins Diktatorische, in einen Transparenzterrorismus: Wehe, wer sich den Forderungen nach Transparenz in seinem Denken und Handeln nicht fügt! Seither bekommt der Transparenztraum eine Doppeldeutigkeit: einerseits werden im späten 19. Jahrhundert und danach soziale Utopien in gläserner Architektur Gestalt, ihnen entspricht die Idee vom „Neuen Menschen“, der die soziale Utopie von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit verwirklichen soll. Zur selben Zeit werden durch Sigmund Freud Durchblicke ins Unbewusste möglich, die die Heilung gesellschaftlich verursachter Fehlentwicklungen zu versprechen scheinen. Andererseits mehrten sich die „Transparenzschrecken“ nach der russischen Revolution und deren diktatorischen Eingriffen in die individuelle Selbstbestimmung, später gefolgt von den Diktaturen in Spanien, Italien, in Hitler-Deutschland und dem stalinistischen Russland. Neuerdings formen Geheimdienste und elektronische Schnüffeleien wirtschaftlicher Großkonzerne Personenprofile, die das Individuum zum Objekt von politischer und kriminologischer Verfolgung oder von ökonomischen Absatzstrategien machen.

Schließlich verspricht uns heute die Hirnforschung Utopisches, und der Streit über das Ausmaß vererbter oder erlernter Eigenschaften und Verhaltensweisen tritt in eine neue Phase. Ist der Mensch wirklich frei und entscheidet selbst über seine Handlungen? Dieser Forschung stehen elektronische Werkzeuge wie Wikileaks gegenüber - , eine Maschinerie der Computer und Glasfaserkabel, die uns ebenfalls eine neue Phase der Aufklärung, diesmal aus einer dunklen Zone der Anonymität heraus verspricht. Auch hier steht der Traum von einer transparenten und damit besseren Welt am Anfang. Das zeigt ein Zitat aus Daniel Domscheit-Bergs Buch „inside Wikileaks. Meine Zeit bei der gefährlichsten Website der Welt“<sup>4</sup>, in dem er von seiner Zusammenarbeit mit Julian Assange spricht:

*Zusammengeschweißt hat Julian und mich einmal der Glaube an eine bessere Weltordnung. In der Welt, von der wir träumten, hätte es weder Chefs noch Hierarchien gegeben, und niemand hätte seine Macht darauf begründen können, dass er anderen Menschen Wissen vorenthielt, das die Grundlage gleichberechtigten Handelns gewesen wäre. Das war die Idee, für die wir gekämpft hatten, das Projekt, das wir zusam-*

---

<sup>4</sup> Domscheit-Berg, Daniel, inside Wikileaks. Meine Zeit bei der gefährlichsten Website der Welt. Aufgeschrieben von Tina Klopp. Berlin 2011. Zitat nach Schneider, S. 292

*men aufzogen und dem wir mit allergrößtem Stolz beim Wachsen zusehen hatten.*

Kann uns diese Entwicklung Hoffnung geben auf Transparenz und Durchblick, die ein humanes Gemeinwesen schaffen helfen? Das Schicksal von Julian Assange und seinem Kollegen und Nachfolger Edward Snowden stimmt wenig hoffnungsvoll, dass ihr Weg zum Erfolg führt.

### III.

Die Analyse des britischen Soziologen und Politikwissenschaftlers Colin Crouch<sup>5</sup> nennt den gegenwärtigen Zustand unserer staatlichen Ordnung *postdemokratisch*. So bezeichnet er

„ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden [...], in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben“<sup>6</sup>

Entscheidend ist in Crouchs politischer Analyse, dass Politik und Wirtschaft von den Bürgerinnen und Bürgern heutzutage als *ein* Komplex gesehen werden, in dem der Einfluss von Unternehmen und superreichen Individuen – in Osteuropa nennt man sie Oligarchen, bei uns im Westen würde man Menschen wie Mr. Ecclestone nennen - auf das Regierungshandeln weit größer ist als derjenige der Staatsbürger. Der einzelne habe praktisch keinen Zugang mehr zum System oder nehme ihn aus Frustration nicht wahr, er werde zum Objekt von Wirtschaft und Politik, und die Wirtschaft setze die Signale. Die Vernetzung global agierender Unternehmen überwinde die Grenzen des Nationalstaats und steuere letztendlich unser Staatsschiff. Crouch findet das bedenklich, weil die Grundfesten der Demokratie dadurch erschüttert werden: der Einzelne hat kein Vertrauen mehr, dass sein politischer Wille bis in die Entscheidungsebenen vordringt und wirklich einen Einfluss hat. Er wird zum Nichtwähler und begibt sich der winzigen Möglichkeit, seinen kleinen Einfluss geltend zu machen.

Diese Zweifel an den demokratischen Entscheidungsstrukturen sind nicht neu. Als ich sehr junge Abgeordnete war und mich in die Zusammenhänge der Entwicklungspolitik einzuarbeiten begann, tauchten solche Fragestellungen bereits auf. Ich erinnere mich gut an ein internationales Seminar der deutsch-britischen Gesellschaft in einem südenglischen Schloss etwa Mitte der 1980er Jahre, wo ein britischer Wissenschaftler die These aufstellte, die betriebene Entwicklungspolitik sei Neokolonialismus im Wirtschaftsinteresse, entmündige

<sup>5</sup> Colin Crouch, Postdemokratie, Edition Suhrkamp, Frankfurt 2008

<sup>6</sup> Zitiert nach dem Internetartikel „Postdemokratie“

die Völker, schwäche die demokratische Legitimation ihrer Regierungen und nütze nur den Geberländern. Postdemokratie, noch ehe die Demokratie überhaupt Fuß gefasst hätte. Diese Politik solle der Westen beenden.

Meine Skepsis hat sich im Laufe der Jahre verstärkt. Deshalb möchte ich mich im dritten Teil meines Vortrags Politikfeldern zuwenden, in denen wir als einzelne Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, als männliche oder weibliche Steuerzahler, als Krankenversicherte oder als Nutzerinnen und Nutzer der Energieversorgung gegenüber der Politik und der anbietenden Wirtschaft bewusst im Unklaren gelassen werden. Hier waltet die Intransparenz als Prinzip, und es stellt sich die Frage, ob sie politisch gewollt ist, weil sie vor allem der Wirtschaft nützt und weil wir Bürger uns schlecht wehren können. Schadet solche Intransparenz der Gesellschaft insgesamt oder schädigt sie vor allem den einzelnen? Das ist nicht leicht zu beantworten. Nur mit Hilfe des Internets, das den Nicht-Regierungsorganisationen bescheidene Kontrollmöglichkeiten eröffnet, kann ein kleines Gegengewicht gegen die Allmacht von Politik und Wirtschaft geschaffen werden.

In meinen Parlamentsjahren begann ich mich als Mitglied des Agrarausschusses zu fragen: Wem nützen eigentlich die Milliarden an Agrarsubventionen? Erfahren wir genug, um zu beurteilen, ob das, was jährlich in die Landwirtschaften der Europäischen Union fließt, wirklich sinnvoll ausgegeben wird? Müsste man nicht im Interesse aller EU-Europäer nachhaltiges Wirtschaften fördern, das die Jahrhunderte alte Kulturlandschaft schont, Menschen in Arbeit hält und der Umwelt nicht schadet? Stattdessen haben wir überall in der Europäischen Union Bauernsterben, Jugendarbeitslosigkeit, Monokulturen und Verödung.

Jetzt haben sich über viele Jahre Abgeordnete im Europäischen und im deutschen Parlament bemüht, eine Liste der Empfänger der EU-Agrarsubventionen zu erhalten. Seit geraumer Zeit ist es Gesetz, dass eine solche Liste online verfügbar sein muss. Noch ein bisschen länger hat es gedauert, bis wir diese Liste auch für die deutschen Agrarsubventionen im Internet lesen können. Google verzeichnet unter dem entsprechenden Stichwort für das Jahr 2012<sup>7</sup>:

*... Fast unbemerkt hat die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung die gewohnt nutzerunfreundliche und intransparente Datenbank aktualisiert. EurActiv.de hilft nach und hat eine Übersicht der deutschen Top 200-Empfänger der EU-Agrarfonds des Jahres 2012 erstellt.*

*Im Jahr 2012 flossen 5,4 Milliarden Euro aus dem EU-Agrarbudget zurück nach Deutschland. Über 200 deutsche Empfänger erhielten dabei mehr als eine Million Euro. Das geht aus den aktuellen Zahlen in der gewohnt nutzerunfreundlichen Datenbank [Agrar-Fischerei-Zahlungen.de](http://Agrar-Fischerei-Zahlungen.de) der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung hervor. In der Datenbank sind nur "juristische Personen" als Empfänger von Mitteln der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) aufgeführt. Die Veröffentlichung personenbezogener Daten "natürlicher Personen" ist*

---

<sup>7</sup> Zitiert nach dem Internet-Artikel „Agrarsubventionen“

aus Datenschutzgründen aufgrund eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs weiterhin untersagt. Die Zahlungen an die vielen Kleinbauern tauchen damit überhaupt nicht in der "Transparenz-Datenbank" auf.

Weiter heißt es in diesem Artikel:

*Die drei höchsten Einzelbeträge an EU-Agrarsubventionen flossen auch im Jahr 2012 zurück in die Kassen der öffentlichen Hand. Auf dem unangefochtenen Spitzenplatz findet sich erneut das **Landesumweltamt Brandenburg** (Potsdam), das im vergangenen Jahr über 28 Millionen Euro aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die ländliche Entwicklung (ELER) erhielt. Werden die Überweisungen an das **Brandenburger Landwirtschaftsministerium** (2,8 Millionen Euro) und an die landeseigene **NaturSchutzFonds Brandenburg Stiftung** (2,1 Millionen Euro) hinzugezählt, erhielt das Land Brandenburg erneut deutlich mehr als 30 Millionen Euro aus dem EU-Agrarbudget. Auf Platz zwei folgte wie schon 2010 und 2011 der **Landesbetrieb für Küstenschutz Nationalpark und Meeresschutz** (Husum) mit über 21 Millionen Euro. Auf Platz drei taucht das **Landratsamt Landkreis Mittelsachsen** (Freiberg) mit über 7 Millionen Euro neu in der Top-Empfängerliste auf. Wie jedes Jahr zählten auch zahlreiche kommunale Abwasserzweckverbände zu den 227 deutschen Empfängern, die jeweils über eine Million Euro aus dem EU-Agrartopf bezogen.*

*Doch auch private Unternehmen, darunter Exportfirmen und Erzeugergenossenschaften, haben jeweils mehrere Millionen Euro aus dem EU-Budget erhalten. Privater Top-Empfänger war im vorigen Jahr die **Emsland-Stärke GmbH** (Emlichheim) mit über 7,6 Millionen Euro aus dem EU-Agrarbudget. ... Die meisten Direktzahlungen (über 2,3 Millionen Euro) gingen an den traditionellen Top-Empfänger **Südzucker AG** (Ochsenfurt).*

Ich ziehe aus diesem Artikel, aus dem ich nur Auszüge zitiert habe, folgenden Schluss: Auf langjähriges Drängen deutscher Abgeordneter hin ist die Datenbank über Agrarsubventionen an deutsche Abnehmer im Internet zugänglich, aber sie ist so verschlüsselt, dass Wählerinnen und Wähler sie nicht nutzen können, es sei denn, sie bedienen sich der Hilfe weiterer Nichtregierungsorganisationen, die die nötige Transparenz herstellen. Einen politischen Willen zu artikulieren, der den Widersinn dieser Geldflüsse beendet, ist für die gewählten Abgeordneten kaum und für schlichte Staatsbürger überhaupt nicht möglich. Wem aber nützt diese Politik?

Mein zweites Beispiel ist das Thema Steuergerechtigkeit, - konkret die Zusammensetzung des gesamten Steueraufkommens, wenn man den Anteil der Lohn- und Einkommenssteuer und der Umsatzsteuern, die wir alle zu zahlen haben, mit den Steuerzahlungen multinational verflochtener Konzerne vergleicht. Auch hier findet man wichtige Informationen durch Aufstellungen des statistischen Bundesamtes im Internet. So genau wie diese Übersichten kann keine Zeitung und erst recht kein Fernsehbericht sein. Aus dem Internet konnte ich mir zusammensuchen, dass sich das Steueraufkommen in Deutschland zu rund zwei Dritteln aus der Lohn- und Einkommenssteuer, sowie aus Umsatzsteuern zusammensetzt. Vermögens- und Erbschaftssteuern sowie Gewerbesteuern spielen eine weit geringere Rolle. Da sich in den letzten beiden Jahrzehnten mit nichts so viel Geld verdienen ließ wie mit Geld, ist es problematisch für die Gesellschaft, dass hier durch Nicht-Besteuerung die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht. Mit Fragen dieser

Art befasst sich das gerade ins Deutsche übersetzte dicke Buch des französischen Ökonomen Thomas Piketty „Das Kapital im 21. Jahrhundert“<sup>8</sup>.

Äußerst problematisch ist aber die Steuerpraxis bei Konzernen, die sich in verschiedene Sitzländer über die ganze Welt verteilen. Diese zahlen nämlich in Deutschland oft so gut wie keine Steuern und nutzen doch die gute Infrastruktur in unserem Land, die derzeit allerdings – wie Straßen, Brücken, Bahngleise und Bahnhöfe sowie Schulhäuser zeigen – mehr und mehr marode wird. Denn bei den Konzernen lassen sich über Verrechnungspreise Gewinne zwischen mehreren juristisch selbstständigen Gesellschaften im Konzernverbund verschieben: Über die Ansetzung von Verrechnungspreisen kann der Gewinn in die leistende oder beziehende Gesellschaft verlagert werden. Liegt der Sitz in Gebieten mit unterschiedlicher Steuerbelastung, wird man den Verrechnungspreis so wählen, dass der größte Gewinn bei der Gesellschaft mit der geringsten Steuerbelastung entsteht. Je stärker zwischenstaatliche Handelshemmnisse fallen, umso einfacher lassen sich solche Verrechnungsmodelle etablieren. Nach Schätzungen der OECD werden mehr als 60 Prozent des Welthandels über konzerninterne Transaktionen abgewickelt. Das hat diese Verrechnungspraxis bei multinationalen Unternehmen für die Steuergesetzgebung zunehmend interessant gemacht. National wird ihr aber nicht beizukommen sein. Man braucht bindende internationale Verträge und Gesetze von internationaler Gültigkeit.

Wiederum sind es Nichtregierungsorganisationen, die den Steuermisbrauch bei Multinationals öffentlich machten. Ich nenne das Netzwerk Steuergerechtigkeit (*Tax Justice Network*, TJN). Es setzt sich für eine andere Verteilung der Steuerlast und für Transparenz auf den internationalen Finanzmärkten ein. Insbesondere sollen große Unternehmen und vermögende Privatpersonen daran gehindert werden, ihrer Steuerpflicht über Steuerflucht in so genannte Steueroasen oder mit anderen Methoden der Steuervermeidung zu entgehen. Diese Mechanismen haben nämlich drei Konsequenzen: erstens verschlechtern sie mangels Einnahmen die öffentlichen Dienstleistungen für Schulen, Krankenhäuser, Öffentliche Verkehrsmittel, zweitens muss der Staat für Zukunftsinvestitionen dieser Art mehr Schulden aufnehmen und drittens verursachen sie eine höhere steuerliche Belastung mittlerer und unterer Einkommenschichten, weil in Deutschland nur aus dieser Schicht Kapital für die öffentlichen Haushalte zu gewinnen ist, mit dem man Zukunftssicherung betreiben kann. Alle drei Konsequenzen der Steuerflucht schwächen die Demokratie. TJN setzt sich in diesem Sinne für die Stärkung der Demokratie und gegen Steuerflucht ein.

Von der Verlagerung von Gewinnen in Steueroasen sind Entwicklungsländer noch stärker betroffen als Industrieländer. Im März 2005 schätzte TJN das in solche Steueroasen verlagerte Kapital wohlhabender Einzelpersonen auf 11,5 Billionen US-Dollar und das den Herkunftsländern dadurch entzogene Steueraufkommen auf jährlich 255 Milliarden US-Dollar. Hinzu kommen noch höhere jährliche Einnahmeausfälle durch multinationale Konzerne, die Steueroasen zur Scheinverbuchung von Ge-

---

<sup>8</sup> Thomas Piketty, *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München 2014



winnen und zur Manipulation von internen Verrechnungspreisen benutzen. Für ds Jahr 2012 ergibt eine Studie des *Tax Justice Network*, dass den Heimatstaaten bis zu 280 Milliarden Dollar an Einkommenssteuern durch Steuerflucht verloren gehen. Finanzvermögen von 21 bis 32 Billionen Dollar sei in Steueroasen angelegt. Nach dem Schattenfinanzindex des TJN, der die beiden Aspekte *Geheimhaltung* und *globales Gewicht* bewertet, sind die zehn bedeutendsten Orte für Schattenfinanzierung (in aufsteigender Reihenfolge): Schweiz, Luxemburg, Hong Kong, Cayman Inseln, Singapur, Vereinigte Staaten, Libanon, Deutschland, Jersey und Japan. Das ist kein Ruhmesblatt für Deutschland, aber auch nicht für den Bund der Steuerzahler, der mit seiner Politik wieder einmal auf dem falschen Bein Hurra schreit. Die nationale Besteuerung der Menschen ist das Schräubchen, das international am wenigsten bewegt.

Die mitgeteilten Informationen habe ich allesamt aus den einschlägigen Artikeln im Internet, und ich habe mich nicht besonders bemüht, sie so umzuformulieren, als handele es sich um eigene Forschungen und Gedanken. Ich habe lediglich versucht, die Gedankengänge so verständlich wie möglich zu machen. Ich habe die Texte auch nicht ausdrücklich als Zitate gekennzeichnet. Denn es ist das Ziel meines Vortrags, zu verdeutlichen, dass nur durch das Internet die Möglichkeit gegeben ist, die Intransparenzen von Wirtschaft und Politik aufzudecken und zu bekämpfen. Eine Organisation wie Transparency International und alle Nichtregierungsorganisationen mit ähnlichen Zielen wären völlig handlungsunfähig ohne das Internet. Das gilt einerseits strukturell, andererseits aber auch finanziell. Unser jährlicher Transparency-Haushalt ist der einer mittleren Zahnarztpraxis: rund 300 000 Euro. Schon die Portokosten unserer Kommunikationsnetze würden unser schmales Budget erschöpfen, könnten wir sie nicht durch Mails vermeiden. Und die *social media* ersparen uns teure Anzeigen, vernetzen uns mit Gleichgesinnten und sind daher entscheidend für die Verbreitung unserer Arbeit in der Öffentlichkeit. Staat und Wirtschaft helfen wenig. Es ist das Internet, das die Zivilgesellschaft stärkt.

Unsere Absichten sind Aufklärung und Verbesserung der Gesellschaft. Mit dem Ziel, sie gerechter, freier und humaner zu machen. Ich hoffe, ich habe dies vermitteln können.